

Plenarprotokoll

144. Sitzung

Donnerstag, 23. März 2017

Gemeinsame Beratung

a) Keine Reststrommengen auf Atomkraftwerk in Brokdorf übertragen
.....12163

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/5317

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/5300/drucksache-18-5317.pdf>

b) Bericht zum Ausbau der Stromleitungsnetze und zur Verwendung regenerativer Energie.....12163

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/5318

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/5300/drucksache-18-5318.pdf>

c) Bericht zum Sachstand des Stilllegungs- und Abbauverfahrens von Atomkraftwerken.....12163

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/5319

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/5300/drucksache-18-5319.pdf>

Angelika Beer [PIRATEN].....12175

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Landtagspräsidentin! Sechs Jahre seit der Katastrophe von Fukushima sind vergangen, sechs Jahre, in denen sich die deutsche Energiepolitik zwar grundlegend verändert hat, aber Störfälle wie in **Brokdorf** weiterhin alltäglich sind. In Anbetracht der Störfälle und gravierender Mängel, zuletzt die weiterhin ungeklärte - und da widerspreche ich dir, Oliver Kumbartzky - Oxidation der Brennstäbe, ist es unverantwortlich, dass der Betreiber PreussenElektra das Kraftwerk wieder anfahren will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg wurde mit der Novellierung des Atomgesetzes 2011 beschlossen. Am 6. August 2011 wurde den ersten Atomkraftwerken die Betriebserlaubnis, unter ihnen Brunsbüttel und Krümmel, entzogen. Lediglich das Kernkraftwerk Brokdorf soll spätestens am 31. Dezember 2021 abgeschaltet werden. Im Angesicht der zahlreichen und regelmäßigen Zwischenfälle stellen wir PIRATEN nicht nur die Kompetenz des Betreibers, sondern auch der **Atomaufsicht** infrage. Sie haben unser Vertrauen verloren.

Denn: 31 Jahre nach der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl und sechs Jahre nach dem Gau von Fukushima ist es vollkommen unverantwortlich, an dem Weiterbetrieb eines Atomkraftwerkes gegen den mehrheitlichen Widerstand der Bevölkerung - und das ist vergleichbar mit der Zeit, als gegen den Widerstand der Bevölkerung in Deutschland ein AKW trotzdem ans Netz gegangen ist -, festzuhalten. Das ist in keiner Weise zu verantworten.

Einige fordern, dass das Atomkraftwerk Brokdorf, welches sich im Netzausbaugebiet befindet, spätestens, wenn die Reststrommenge aufgebraucht wurde, abgeschaltet wird. Sie wissen alle, dass das 2019 der Fall sein kann. Deshalb lehnen auch wir die **Übertragung** von **Reststrommengen** auf das Atomkraftwerk ab, auch wenn es ein grüner Parteitagbeschluss ist. In der Sache können wir dem durchaus zustimmen.

Aber ich sage auch ganz klar und deutlich: Was wir vermissen, gerade bei der früheren Anti-Atompartei: Brokdorf muss nicht schnellstmöglich, sondern Brokdorf muss, weil es eine tickende Zeitbombe ist, sofort vom Netz.

Auch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort fordern dies und laden am 23. April 2017 zur fünften Protest- und Kulturmeile nach Brokdorf ein unter dem Motto „31 Jahre Tschernobyl - Brokdorf abschalten!“.

Ich finde es ein bisschen unlauter in dieser Debatte der selbsterkorenen AKW-Feinde und -bekämpfer: Warum unterstützen Sie nicht die internationalen Bemühungen, nicht nur im Hinblick auf Brokdorf, sondern insgesamt, den Ausstieg zu beschleunigen?

Wie kommt es eigentlich, dass über IPPNW die Anzeigen, die jährlich zu den Jahrestagen der Atomkatastrophen geschaltet werden, zwar 2.026 Ärzte unterzeichnen und auch PIRATEN, aber ansonsten von der Opposition, in diesem Fall der Koalition, eine Unterschrift überhaupt nicht mehr zu finden ist?

Da muss man einmal fragen, wie ernst das hier eigentlich alles gemeint ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Ausbau der Windenergie scheitert derzeit an den fehlenden Netzkapazitäten.

- Ja, ich habe den Nerv getroffen; das freut mich.

Das Ziel der Landesregierung, 300 % des schleswig-holsteinischen Strombedarfs durch regenerative Energien zu decken, führt zu massiven Überkapazitäten, da die Netze den produzierten Strom nicht aufnehmen können. Neben diesen Überkapazitäten aus der Windenergie liegt das leider auch am desolaten Zustand der vorhandenen Netze.

Wie auch beim Ausbau der Windkraft können Großprojekte wie SuedLink, über die wir immer wieder diskutieren, nur zeitnah mit und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger realisiert werden.

Ohne den Ausbau der Netzinfrastruktur machen weder der weitere Ausbau der Windkraft - das Erreichen des politischen Ziels 300 -, noch die Übertragung von **Reststrommengen** auf das **Atomkraftwerk Brokdorf** irgendeinen Sinn. Gerade in Schleswig-Holstein, dem Energiewendeland, kann und darf es nicht sein, dass die Atomkraft zulasten der Windkraft künstlich am Leben erhalten wird und die Bürgerinnen und Bürger deshalb bei den Netzentgelten auch noch höher belastet werden.

Insofern denke ich schon, dass einige Aussagen des geschätzten Kollegen Günther hinterfragt oder zumindest noch einmal erläutert werden sollten.

Liebe Kollegen, nicht nur das Atomkraftwerk Brokdorf ist eine Herausforderung für Land und Menschen. Gerade der **Rück- und Abbau der Atomkraftwerke** führt zu Diskussionen; denn neben der Entsorgung des Atommülls muss auch eine Lösung für die Bauabfälle und den AKW-Schutt gefunden werden. Die Menschen in diesem Land wollen wissen und haben ein Anrecht darauf zu erfahren, was mit diesen Bauabfällen passiert, welche Auswirkungen es hat. Wer diese Transparenz nicht gewährleistet, kann sich als verantwortliche Aufsicht hier nicht einfach aus dem Raum schleichen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Ausstieg war und ist nur der erste Schritt. Jetzt geht es um den **Rückbau** und die **Entsorgung**. Wie lange dauert der Rückbau? Welche Risiken können dabei entstehen, zum Beispiel die Kontaminierung durch die Freisetzung von Strahlung? Wie, wo und wann sollen die Abfälle entsorgt werden? Ohne Zwischenlager für den Atommüll und die anfallenden kontaminierten Bauabfälle ist die Diskussion über die Stilllegung und den Rückbau der Atomkraftwerke aus unserer Sicht reine Augenwischerei.

Was wir brauchen, ist ein seriöses Konzept und ein verlässlicher Zeitplan und kein politisches Schwarzer-Peter-Spiel, wie wir es heute zum Teil erlebt haben.

Tatsache ist, dass die zukünftigen Generationen mit den Folgen dieser katastrophalen Energiepolitik leben müssen und wir alle verpflichtet sind, diesen Weg einigermaßen zu ebnen. Deswegen sage ich: Dazu gehört auch Ehrlichkeit. Es ist Augenwischerei, uns und zukünftigen Generationen die Mär vom sicheren Endlager zu erzählen, wie gerade beschlossen.

Bedenkt man den technischen Fortschritt der letzten 100 Jahre - das ist nicht wenig, was erfolgreich war und wie viel mehr Kenntnisse wir haben - zur Eingrenzung dieser Risikotechnologie, ist es unmöglich, ein Endlager zu finden. Das muss man dann auch sagen; denn ein solches **Endlager**, welches angeblich die bestmögliche Sicherheit für eine Million Jahre gewährleisten kann, zu finden, das ist doch absurd. Das glaubt doch nicht einmal mehr ein halbwegs aufmerksames Kind.

Ein Politiker sollte hier Klartext reden. Nächsten Samstag jährt sich zum sechzigsten Mal die Unterzeichnung der Römischen Verträge und damit auch EURATOM. Es mag ja sein, dass die Nuklearindustrie darin einen Grund zum Feiern sieht. Eine solche Feier - 60 Jahre EURATOM - ist aus unserer Sicht ein Schlag ins Gesicht all jener Menschen, die sich seit Jahrzehnten nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in ganz Europa für ein atom- und kernkraftfreies Europa einsetzen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Beschluss:

1. Berichtsanhänge Drucksachen 18/5318 und 18/5319 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt

2. Annahme des Antrags

Drucksache 18/5317.....12179

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass die Berichtsanträge zu den Punkten 33 und 34 - Drucksachen 18/5318 und 18/5319 - durch die Berichterstattung der Landesregierung ihre Erledigung gefunden haben.

Wir kommen nun noch zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/5317. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Piratenfraktion. Wer ist gegen den Antrag? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der Antrag angenommen.

Top 32, 33, 34 - Stilllegung von Atomkraftwerken

Landtag lehnt Übertragung von Reststrommengen an AKW Brokdorf ab

Die Landesregierung soll sich im Bund dafür einsetzen, dass auf das Atomkraftwerk Brokdorf keine Reststrommengen mehr übertragen werden. Das Kernkraftwerk im Kreis Steinburg ist derzeit außer Betrieb. Ursache sind auffällig dicke Oxidschichten auf den Brennstäben des Reaktors, deren Herkunft noch ungeklärt ist. Energiewendeminister Robert Habeck (Grüne) begrüßte das von den Koalitionsfraktion und den Piraten getragene Votum.

Je früher der Atomausstieg komme, desto besser, lautete der Tenor der Redner der Nord-Ampel, und **Angelika Beer (Piraten)** bezeichnete Brokdorf gar als „tickende Zeitbombe“.

http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/51/debatten/32_33_34.html